

Landshuter Zeitung
28.2.2013

Schweinegestall in weiter Ferne

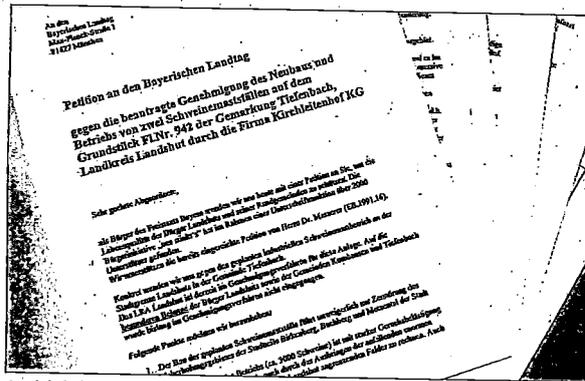
Petition wurde im Ausschuss des Landtags behandelt – Ortstermin geplant

Von Stefanie Wieser

Eine schnelle Ablehnung der Petition, beziehungsweise Petitionen, gegen den geplanten Schweinegestall bei Mittergolding ist vom Tisch. Stattdessen soll es nun einen Ortstermin geben, bei dem sich einige Ausschussmitglieder noch einmal genau über die Gegebenheiten informieren können. In der Petition der Bürgerinitiative „Uns stinkt's“ und in der fast inhaltsgleichen Petition von Fank Messerer, einem Anwohner des eventuell betroffenen Stadtgebiets Birkenberg, sind zahlreiche Argumente gegen den geplanten Schweinegestall angeführt. Darunter vor allem die befürchtete Geruchsbelästigung für die Anwohner der Gemeinden Tiefenbach und Kumbhausen sowie für die Anwohner des betroffenen Wohngebiets am Stadtrand von Landshut und außerdem eine laut Gutachten der Stadt Landshut geäußerte Gefährdung des Grundwassers.

Einmal mehr zieht sich die Genehmigung für den geplanten Schweinegestall des Landwirts Wolfgang Beck aus Mittergolding in die Länge. Er war zusammen mit seiner Frau am Mittwoch nach München gefahren, um im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden mitzuhören, wie über die von der Bürgerinitiative „Uns stinkt's“ unter Federführung von Rosi Steinberger (Kreisvorsitzende der Grünen im Landkreis Landshut) beraten wird. In nur zehn Minuten war die Sache abgehandelt, berichtet Beck im Gespräch mit der LZ. Zunächst habe der Berichterstatter Martin Schöffel (CSU) die Ausschussmitglieder zu dem Thema informiert. Dieser habe laut Beck die Ansicht des Landwirts bestätigt, nämlich dass keinerlei Anhaltspunkte gefunden worden seien, dass die Genehmigung nicht erteilt werden kann. Dann habe allerdings, die Mitberichterstatterin Maria Scharfenberg (Grüne) bemängelt, dass es keine Umweltverträglichkeitsprüfung geben würde, und schlug einen Ortstermin vor. Dem schlossen sich alle Ausschussmitglieder an.

Doch das wird sich wieder hinziehen, fürchtet Wolfgang Beck. Denn



Ausführlich haben die Petenten in mehreren Seiten die Gründe gegen den Schweinegestall dargestellt. (Foto: gt)

der nächste Ausschusstermin ist schon am Mittwoch und bis dahin wird ein Ortstermin wohl nicht zustande kommen. Das nächste Mal tagt der Ausschuss dann erst wieder im April, bemängelt Beck. „Das ist reine Verzögerungstaktik“, sagt er verärgert. Er habe den Eindruck, dass Rosi Steinberger den Bau des Schweinegestalles als Wahlkampfthema nutzt. Besonders enttäuscht zeigte er sich vor allem deshalb, weil die rot-grüne Regierung einst die Gesetze dafür auf den Weg gebracht hat, dass er nun einen neuen Stall bauen muss, und nun die Grünen die Konsequenzen der Gesetze verhindern wollen.

„Alle Stellungnahmen positiv ausgefallen“

Es geht dabei darum, dass die Zuchtsauen in Gruppen gehalten werden sollen. Der bestehende Stall der Becks hätte, um dies zu garantieren, erweitert werden oder die Zahl der Schweine reduziert werden sollen. Nachdem im Dorf nicht mehr angebaut werden durfte, hatte der Landwirt sich entschieden, Planungen für einen zweiten Standort auf den Weg zu bringen. Der entsprechende Antrag sei im Januar 2012 eingereicht worden, so Beck und nun gehe wieder nichts voran. Vonseiten der Behörde sei alles klar gewesen, erzählte Beck, der erst in der vergangenen Woche noch ein-

mal beim Landratsamt nachgefragt hat. Alle nötigen Stellungnahmen seien eingereicht gewesen und positiv ausgefallen.

Das bestätigte auf LZ-Anfrage auch das Landratsamt mit folgendem Statement: „Das immissionschutzrechtliche Verfahren ist durchgeführt worden, alle Fachstellen sind gehört und es sind keine negativen Stellungnahmen abgegeben worden. Das Landratsamt Landshut hätte auf dieser Grundlage das immissionschutzrechtliche Verfahren nunmehr auch durch einen positiven Genehmigungsbescheid abgeschlossen, hat aber bislang davon abgesehen, weil noch die bekannte Petition beim Bayerischen Landtag anhängig ist.“

Vonseiten des Bayerischen Umweltministeriums, das eine Stellungnahme zu der Petition abgegeben hat, heißt es zu der Sache: „Das Bayerische Umwelt- und das Landwirtschaftsministerium haben in einer gemeinsamen Stellungnahme insbesondere darauf hingewiesen, dass das Bundes-Immissionschutzgesetz einen Anspruch auf die Genehmigung eines Vorhabens enthält, wenn alle einschlägigen Rechtsvorschriften eingehalten werden. Für das Vorhaben läuft derzeit das Genehmigungsverfahren beim zuständigen Landratsamt Landshut. Dabei werden auch alle Vorgaben des Natur- und Gewässerschutzes eingehend geprüft.“

Maria Scharfenberg, Mitberichterstatterin zu den beiden Petitionen, will es nun genauer wissen. Sie will nachhaken, wo der „Mist ausgebracht wird“ und welche Wasserbelastung eventuell durch den Standort in der Senke auftreten könne. Es gebe auch noch Fragen zum immissionschutzrechtlichen Gutachten. Das immissionschutzrechtliche Verfahren zu dem Fall sei noch nicht abgeschlossen, so die Informationen, die dem Abgeordnetenbüro von Scharfenberg vorliegen. Nach diesen Informationen sei auch ein Umweltverträglichkeitsgutachten rechtlich nicht notwendig gewesen. Diesen Fragen will Scharfenberg bei dem Ortstermin optimalerweise mit Vertretern des Landratsamtes, des Wasserwirtschaftsamtes und des Bürgermeisters nachgehen.

Dass vonseiten des Landratsamtes geäußert wurde, dass es keine rechtlichen Voraussetzungen für ein Umweltverträglichkeitsgutachten gebe, sei auch im Schriftverkehr zwischen der Stadt und dem Landratsamt Thema gewesen, berichtete Thomas Link von der Stadtverwaltung auf Nachfrage der LZ. Die Stadt habe zwar keine Entscheidungsbefugnis zu der Baugenehmigung des Stalles, nach einem Beschluss des Umweltsenats im Juli 2012 habe die Stadt allerdings mehrmals ein solches Gutachten gefordert. In der Sitzung hatte der Hydrogeologe Dr. Karl-Heinz Prösl davor gewarnt, dass erhöhte Nitratwerte im Grundwasser die Folge sein könnten und der Stall auch einem konzipierten Wasserschutzgebiet in die Quere kommen würde.

Mögliche Mängel erkennen und prüfen

Dass die Stadt hier eigene Interessen verfolgt, weiß auch der Landtagsabgeordnete Dietrich Freiherr zu Gumpenberg (FDP), der aus dem Landkreis Landshut kommt und ebenfalls im Petitionsausschuss sitzt. Er hat dem Ortstermin ebenfalls zugestimmt, aber er warnte auch vor einer Vorverurteilung. „Alle Menschen wollen günstiges Schweinefleisch, aber keiner will die Schweine neben sich haben“, das habe Gumpenberg auch im Petitionsausschuss zu bedenken gegeben und sagte gegenüber der LZ weiter: „Wir leben in einem Rechtsstaat, und wenn die rechtlichen Voraussetzungen für eine Baugenehmigung gegeben sind, hat der Antragsteller auch ein Anrecht auf die Genehmigung.“ Nichtsdestotrotz gebe es mit den Petitionen die Möglichkeit auf eventuelle Mängel hinzuweisen. Der Ortstermin diene nun der Information. Im Anschluss berät der Ausschuss noch einmal über die Sache und kann bekunden, ob Mängel da sind. Ein Hinweis wird dann an die entsprechenden Stellen weitergeleitet. Bei dem geplanten Ortstermin werden laut Gumpenberg sicher die beiden Berichterstatter Martin Schöffel und Maria Scharfenberg teilnehmen und auch er selber werde sich vor Ort informieren.

Auch die beiden Petenten Frank Messerer und Rosi Steinberger waren nach München gefahren, um der Ausschusssitzung beizuwohnen. Steinberger sah die Entscheidung für einen Ortstermin als großen Erfolg an. Vor allem sei im Ausschuss nicht nur das Bauvorhaben, sondern auch der Grundwasserschutz thematisiert worden. Steinberger hofft, dass auch die Öffentlichkeit und damit interessierte BI-Mitglieder an dem Ortstermin teilnehmen können. Im Übrigen hatte sich auch Norbert Hoffmann, Stadtrat aus Landshut, der Gruppe der Zuhörer angeschlossen.

Anmerkung der Redaktion: Der Berichterstatter Martin Schöffel.